

Die Rolle des Sozialstaats in einer diversen Gesellschaft

Martin Schenk

Einleitung

Österreich ist ein Einwanderungsland mit einer zunehmend pluralen Gesellschaft. Der Beitrag beschäftigt sich mit Bildung, Arbeitsmarkt und Pflege in einer diversen Gesellschaft im Kontext sozialstaatlicher Sicherungssysteme. Bildungschancen können nicht ohne die Chancen diskutiert werden, sie am Arbeitsmarkt auch einsetzen zu können. Schule kann nicht ohne Arbeit und Einkommen der Eltern analysiert werden. Und Pflege nicht ohne die Struktur des grenzübergreifenden Care-Systems.

1.1. Bildung: Sozialstaatsmodell und schulische Integration

Staaten haben unterschiedliche wohlfahrtsstaatliche Regelungen, die sich zu Typen zusammenfassen lassen. Österreich und Deutschland gehören dem kontinentalen Sozialstaatsmodell an mit der Betonung von verpflichtender Sozialversicherung, von Statussicherung und Normalarbeitsverhältnis. Das universelle Modell baut stärker auf sozialen Bürgerrechten, die für alle und individuell gelten. Diesem werden die skandinavischen Länder zugerechnet. Der Sozialstaat liberalen Typus wie Großbritannien wiederum fokussiert auf bedarfsgeprüfte Sozialfürsorge auf einem niedrigen Niveau. Weiters wird noch das südeuropäische Modell mit Portugal, Griechenland oder Spanien unterschieden und das postkommunistische, das Reformstaaten wie Bulgarien oder Polen umfasst. Da findet sich ein Mix aus liberalen, kontinentalen und universellen Elementen, die mehr oder weniger rechtlich verankert und entwickelt sind.

Wie schneiden nun Schüler mit Migrationshintergrund in den verschiedenen Sozialstaaten ab? Die Sozialwissenschaftler Johann Bacher und Christine Stelzer-Orthofer¹ von der Universität Linz haben sich die Details angesehen. Betrachten wir den Erwerb von Wissen und Fähigkeiten, also Testleistungen, und wie viele Spitzenschüler und Risikoschüler es gibt, dann schneiden Lettland, Irland, Großbritannien, Schweden und Dänemark gut ab. Schlechte Werte

¹ Bacher, J. und Stelzer-Orthofer, C., Schulsysteme, Wohlfahrtswelten und schulische Integration von Kindern mit Migrationshintergrund, in: Leibetseder, B. und Weidenholzer, J., Integration ist gestaltbar, 2008, S.65-89

erzielten Belgien, Deutschland, Niederlande und Österreich. Ähnlich sind die Ergebnisse, wenn wir untersuchen, in wie hohe Klassenstufen es Migrantenkids schaffen. Das kontinentale Modell erzielt auch hier die schlechtesten Ergebnisse. Die Analyse zeigt, dass das kontinentaleuropäische Wohlfahrtsmodell in den Schulleistungen und beim Aufstieg in höhere Klassenstufen mit einem Gesamtwert von 42,5 bzw. 30,9 deutlich schlechter abschneidet als die liberalen wie universellen Länder mit 76,2 bzw. 98,2 Punkten. Wie stark die sozialpolitischen Rahmenbedingungen und die spezifische Ausgestaltung des Arbeitsmarkts wirken, wurde bisher in der Debatte vernachlässigt. Das schlechte Abschneiden des kontinentalen Wohlfahrtsmodells hat mit der niedrigen beruflichen Position von MigrantInnen in diesen Ländern zu tun. Auch mit häufiger geringer Bildung. In Österreich zeigt sich die Besonderheit, dass sogar bei hoher Bildung der Eltern keine gute berufliche Positionierung von jugendlichen Migranten gelingt. Außerdem hinderlich ist ein selektives Schulsystem. Hier entsteht ein Teufelskreis. Die Schulleistungen der Kinder hängen stärker vom Beruf der Eltern ab. Gleichzeitig befinden sich im kontinentaleuropäischen Modell die Eltern in geringeren beruflichen Positionen und diese haben wiederum in selektiven Schulsystemen einen stärkeren Effekt auf die Schulleistung. Auch der Aufenthalts- und arbeitsrechtliche Status ist zu berücksichtigen. Aufenthaltsabsichten und Perspektiven der Familien spielen eine große Rolle (vgl Herzog-Punzenberger²). Wenn Aufenthalt und Zukunft unsicher sind, wird weniger in Bildung für Kinder investiert. Das zeigt auch, dass Familienmerkmale in unterschiedlichen Ländern unterschiedliche Wirkung entfalten. Beispielsweise schlägt sich in den Ländern mit ausgebauter Hilfe in der Schule mangelnde Unterstützung in der Familie weniger stark nieder als in Ländern, wo die Schule tendenziell aussondert. Faktoren wie Bildung der Eltern, mangelnde Unterstützung oder patriarchale Muster entfalten ihre Wirkung nicht als solches, also unabhängig vom Kontext, in dem Schüler lernen und Leistungen erbringen.

1.2. System mit abschiebender Wirkung

Der Bildungsforscher Winfried Kronig beobachtet in der Schweiz insgesamt einen “irritierenden lockeren Umgang zwischen der individuellen Leistungsfähigkeit und der

² Herzog-Punzenberger, B., Jenseits individueller Charakteristiken. Welche Bedeutung haben gesellschaftliche Strukturen für den Bildungserfolg von Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund?, 2009.

Zuweisung in eine Sonderschulklasse³ Kinder mit gleicher Leistungsperformance werden an einem Wohnort in die Sonderklasse gesteckt, am anderen Wohnort bleiben sie in der Regelklasse. Der Zufall des Bezirks bestimmt die Zukunftschancen der Kinder.

Ähnlich unerklärlich trägt sich die Vergabe von sonderpädagogischem Förderbedarf in Österreich zu. In Wien werden 1,6mal so viele türkischsprachige wie deutschsprachige SchülerInnen als sonderpädagogisch bedürftig eingestuft, in Niederösterreich trifft dies 2,9 mal so oft zu. Auch hier sind es Effekte der Schulorganisation, die über die Bewertung von Herkunft und Leistung entscheiden. Wir haben inzwischen gelernt, eine Treppe nicht nur als objektives Hindernis zu begreifen, sondern als soziale Diskriminierung von Rollstuhlfahrern. Da geht es um die Falle der Gleichbehandlung von Ungleichen. Unsere Institutionen und Organisationen sind voll von solchen Barrieren; nicht aus Böswilligkeit, sondern weil wir die Institutionen wichtiger nehmen, als die Menschen für die sie gemacht sind. Da geht es gerade nicht um persönliche Absicht, sondern um das heiße Leben von kalten Strukturen.

Die stark unterschiedlichen Bildungsabschlüsse von Mädchen und Buben in den 1960er Jahren wurden übrigens nicht so angegangen, dass Defizite diagnostiziert, die Mädchen individuell gefördert, in Sonderkursen und durch intensive nachmittägliche Betreuung und Hausaufgabenhilfe auf ihren Schulerfolg vorbereitet worden wären, merkt die Erziehungswissenschaftlerin Mechthild Gomolla⁴ spitz an. Erreicht wurde die Veränderung der Verhältnisse nicht mit Pädagogik, sondern durch eine Politisierung der Diskussion über Ungleichheit und Ungleichbehandlung. In deren Folge kam es zu einer Reorganisation des Bildungsangebots für Mädchen und einer Änderung der Selektionspraktiken in den Schulen. Bestehende Gymnasien wurden auch für Mädchen geöffnet, zusätzliche Schulen wurden in der Fläche der kleinen Gemeinden und Bezirke eingerichtet. Gomolla betont wie wichtig es war, dass der Begründungsdiskurs, den Männer unter sich führten, in dem bis dahin ungleiche Bildungsbeteiligung der Geschlechter für eine Selbstverständlichkeit gehalten werden konnte, öffentlich an Legitimations- und Überzeugungskraft verlor.

Davon kann man lernen.

Die Frage, wie Kinder, die schwächer sind, gestärkt werden können, ist ja nicht neu: sozial benachteiligte Kinder, Kinder, die aufgrund ihrer Herkunftsfamilie Probleme haben, Kinder mit Behinderungen oder einfach solche, die die Unterrichtssprache noch nicht gut

³ Kronig, W., Besorgniserregende Entwicklungen in der schulischen Zuweisungspraxis bei ausländischen Kindern mit Lernschwierigkeiten. Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete 65/4, 2003, S.126

⁴ Gomolla, M. und Radtke, F., Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule, 2009

beherrschen. Die Idee, homogene Gruppen mit den Schwächeren zu bilden und diese im Namen der Integration von den Stärkeren zu trennen, ist auch nicht neu. Es waren immer die Gleichen, die von den Schwächeren „Integration“ gefordert haben, um sie dann – wenn's ernst wurde – in Segregationsmodelle zu stecken. „Wer nicht in das Schema passt, wird in eine Nische geschoben und dort von Spezialisten unterrichtet. Das ist ein System mit abschiebender Wirkung“, stellt der Leiter der Forschungsabteilung für Schulentwicklung, Werner Specht⁵, fest.

1.3. Normale Schule

Schule kann viel, aber nicht alles leisten. So hat Finnland Spitzenwerte bei der Unterstützung sozial benachteiligter Kinder, aber trotzdem eine hohe Jugendarbeitslosigkeit. Die beste Schule nützt nichts, wenn die Übergänge zum Arbeitsmarkt mangelhaft sind oder Jobs fehlen. Schule ist, auch wenn sie die längsten Jahre verpflichtend ist, ein Angebot an Kinder und Jugendliche. Nicht alle werden es im gleichen Maß nützen. Nicht erspart bleibt Lehrenden und SchülerInnen Auseinandersetzung, pädagogische Grenzziehung und auch Scheitern. Schule kann aber die Begabungsreserven der ihr anvertrauten Kinder mehr oder weniger entwickeln und mehr oder weniger „ausschöpfen“. Alle internationalen Bildungsstudien zeigen dieselben Tendenzen auf. Die sechs entscheidenden Faktoren⁶ für Lernerfolg – nach ihrer Bedeutung geordnet – ergeben als wichtigstes Kriterium (1) die Organisation des Schulsystems: den Grad der Selektivität, das heißt gemeinsame oder getrennte Schulform während der Pflichtschulzeit; (2) den sozioökonomischen Status der SchülerInnen: Bildungsabschlüsse der Eltern, Berufspositionen der Eltern, kulturelle Güter im Haushalt; (3) die sozioökonomische Zusammensetzung der Schule; (4) die Schulressourcen; (5) die Schul- bzw. Unterrichtsprozesse und (6) das Schulklima und die Lernumgebung.

Ob eine Schule inklusiv ist oder nicht, liegt an der Schulorganisation wie an der Unterrichtsqualität, an der Schulraumarchitektur wie an der LehrerInnenausbildung. Das eine ist vom anderen nicht zu trennen.

Begründungspflichtig ist jedenfalls nicht die inklusive Förderung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen. Rechtfertigungspflichtig ist nicht das gemeinsame Lernen von Kindern mit starken und schwächeren Deutschkenntnissen. Begründet werden muss der Ausschluss.

⁵ Specht, W., Abschiebende Wirkung, in: Diakonie Themen Nr144-3, 2007, S.10-13

⁶ OECD, School Factors Related to Quality and Equity, 2005

Gerechtfertigt werden muss die Segregation. Denn es ist normal, dass es Kinder mit verschiedener sozialer Herkunft gibt – deshalb ist eine Schule ohne Kinder aus ärmeren Elternhäusern keine normale Schule. Es ist normal, dass es Kinder mit mehreren Sprachen gibt, deshalb ist eine Schule ohne mehrsprachige Kinder keine normale Schule. Es ist normal, dass es Kinder mit Förderbedarf gibt – deshalb ist eine Schule ohne diese Kinder keine normale Schule. Und es ist normal, dass Kinder unterschiedlich sind – deshalb ist eine Schule ohne Kinder unterschiedlicher Herkunft keine normale Schule.

2.1. Arbeitsmarkt: Von Schlüsseln und Schlössern

Deutschlernen sei der Schlüssel zur Integration, heißt es. Die Sache ist aber komplizierter, sonst müssten die Jugendlichen in den Pariser Vorstädten bestens integriert sein, sprechen sie doch tadellos Französisch. Es fehlt an Jobs, Aufstiegsmöglichkeiten, Wohnraum, guten Schulen. Ein Schlüssel braucht immer auch ein Schloss. Die einen investieren nur in Schlüssel, die anderen nur in Schlösser, und dann wundern sich alle, dass die Türen nicht aufgehen. Alle Untersuchungen zeigen: Für Migranten ist die Verwertung der Bildung ein größeres Problem als die Bildung selbst. Wenn man nachrechnet, dann sieht man, dass vom gesamten sozialen Unterschied zwischen der Bevölkerung mit in Drittstaaten absolvierter Bildung und der Bevölkerung mit im Inland geborenen Eltern nur ungefähr ein Drittel auf den Bildungsunterschied entfällt, rund zwei Drittel aber auf ungleiche Chancen am Arbeitsmarkt bei gleicher Bildung. Bei der »zweiten Generation« ist der soziale Unterschied nur mehr weniger als halb so groß, verteilt sich aber gleich. Auch da gilt, ein Drittel ist Bildungsunterschied, zwei Drittel sind ungleiche Chancen am Arbeitsmarkt bei gleicher Bildung.

Was Integration heißt, ist ein Machtspiel, ein Positionsspiel. Ein guter Indikator dafür, auf welcher Position in der Gesellschaft ich mich befinde, ist die Arbeitssuche. Welcher Personengruppe wird bei Bewerbungsschreiben bzw. -gesprächen der Vorrang vor einer anderen gegeben: Geschlecht, bestimmtes Alter, Aussehen, Auftreten, Akzent. Das entscheidet. Die großen und die kleinen, feinen Unterschiede werden deutlich. Wir sind es gewohnt, andere sozial einzuschätzen: Wie reden sie, wie sind sie angezogen, was lesen sie, welche Fernsehsendungen sehen sie, was essen sie, welche Musik hören sie, welches Auto fahren sie? »Bildung hört man mehr, als man sie sieht. Den materiellen Besitzstand sieht man dagegen eher, als dass man ihn hört«, bringt es der Sozialwissenschaftler August Gächter auf

den Punkt.⁷ Bei Bewerbungsgesprächen regiert die »gehörte Bildung« mit Namen und Akzent, dann erst die wirkliche Qualifikation. Versuche mit unterschiedlichen Absendernamen bei Bewerbungsbriefen haben die Kriterien für Einladung oder Desinteresse gezeigt: Michael ja, Mustafa nein.

2.2. Dequalifizierung

In den letzten Jahrzehnten gab es am österreichischen Arbeitsmarkt stets eine »Verdrängung nach oben« (Gächter).⁸ Sozialer Aufstieg fand in die breiter werdenden Mittelschichten statt, es gab wenig Abstiege. Der Sozialstaat machte es möglich. Der Aufstieg der einen erfolgte nicht auf Kosten des Abstiegs anderer. Die Lücke, die von »unten« entstanden ist, wurde durch neue Einwanderung gefüllt. Die Bildungsexplosion bei Frauen in den siebziger Jahren ist auch dadurch möglich geworden, dass »Ersatz« am Arbeitsmarkt aus der Migration zur Verfügung stand. Sonst wäre der Platz junger Frauen die Fabrik gewesen.

»Die österreichische Gesellschaft saugt unten Bevölkerung an und saugt sie dann in der sozialen Hierarchie hoch.«⁹ Der zweite Teil dauert drei, vier Generationen. In den sechziger und siebziger Jahren kam die dritte Generation aus der Einwanderung um 1900 in der Mittelschicht an. Die wenig prestigeträchtigen und schlechten Jobs ganz unten nahmen zuerst Arbeitsmigranten aus den Bundesländern wahr, dann ab den sechziger Jahren jene aus dem Ausland. In den 2000er Jahren wird der berufliche Aufstieg von MigrantInnen »jugoslawischer« und »türkischer« Herkunft aus dem Arbeiter- hinein ins Angestelltenmilieu statistisch sichtbar. Ungefähr die Hälfte der aus dem seinerzeitigen Jugoslawien und ein Viertel der aus der Türkei stammenden Familien haben den sozialen Aufstieg in die Mitte bereits geschafft.

Die frei werdenden Arbeiterjobs in Österreich werden jetzt durch Zuwanderung aus Deutschland aufgefüllt. Integration ohne Neuzuzug kann es also nicht geben – außer um den Preis der Diskriminierung und Dequalifizierung derer im untersten Arbeitsmarktsegment. Ohne Zuwanderung müssen sie »unten« gehalten und ihr Aufstieg behindert werden. Wenn es keinen geförderten und gewollten sozialen Aufstieg von Zugewanderten gibt, muss man

⁷ Gächter, A., Richtig über soziale Mobilität reden. Arbeitspapiere Migration und soziale Mobilität, Nr. 4, 2007.

⁸ Gächter, A., Richtig über soziale Mobilität reden. Arbeitspapiere Migration und soziale Mobilität, Nr. 4, 2007.

⁹ Gächter, A., Richtig über soziale Mobilität reden. Arbeitspapiere Migration und soziale Mobilität, Nr. 4, 2007.

Qualifizierte durch Diskriminierung dazu bewegen, dass sie die schlechter qualifizierten Tätigkeiten ausführen.

In den letzten Jahren verzeichnete Österreich eine höher qualifizierte Zuwanderung durch Flüchtlinge, die kaum wahrgenommen wird. Drittstaatenangehörige müssten ihrer Ausbildung entsprechend eigentlich um dreißig, Eingebürgerte um zwanzig Prozent mehr verdienen.¹⁰ Sie werden weit unter ihrer Qualifikation beschäftigt. Flüchtlingsorganisationen berichten, sie könnten mit den Leuten aus ihren Beratungsstellen und Unterkünften eine Fachhochschule betreiben. Nach der erfolgten Dequalifizierung findet kein beruflicher Aufstieg mehr statt. Die Dequalifizierung nach der ersten Beschäftigung wird im Lebenslauf nicht mehr überwunden. So bleibt auch viel vorhandenes Arbeitsmarktpotenzial ungenützt. Österreich hat eine qualifizierte Einwanderung, die aber weitgehend nicht zur Kenntnis genommen wird. Wohl auch deshalb, weil der unterste, gering qualifizierte Arbeitssektor konstant groß ist. Hilfs- und Anlern Tätigkeiten machen insgesamt 26 Prozent der Beschäftigung aus, einen von vier Arbeitsplätzen. Das ist kein Randbereich, sondern ein beträchtlich großer Sektor. Zwei Drittel der Migranten sind als Arbeiter beschäftigt, unter ihnen 63 Prozent der Zuwanderer aus dem ehemaligen Jugoslawien, 65 Prozent aus der Türkei. Sie arbeiten im Handel und in der Sachgütererzeugung, im Tourismus und in der Gastronomie, in der Industrie und in der Bauwirtschaft, in Reinigungsfirmen und im Gesundheitssektor. Das sind Branchen, in denen der Wettbewerb sehr hoch und die Beschäftigungsstabilität nur gering ist. Das Einkommen ist in diesen Bereichen jedenfalls konstant niedrig.

Insgesamt ist die Nachfrage nach gering qualifizierten Tätigkeiten größer als die Anzahl an Menschen mit geringen Qualifikationen, die zur Verfügung stehen. Daraus folgt, so August Gächter, dass »in erheblichem Umfang höher Ausgebildete in gering qualifizierten Tätigkeiten beschäftigt sein müssen«¹⁰. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten in gering qualifizierten Tätigkeiten hat eine mittlere Ausbildung. Es gibt einen Überschuss an mittleren Ausbildungen und zu wenig Geringqualifizierte für die zahlreichen »unteren« Jobs. Deswegen entsteht die Schwierigkeit, eigene Bildung nicht verwerten zu können. Davon sind überproportional Migranten betroffen.

Wenn also die wichtige Funktion der Bildung betont wird, dann muss auch ihre reale Verwertung auf dem Arbeitsmarkt Thema sein. Wenn mehr qualifizierte Zuwanderung gefordert wird, dann muss man zumindest darauf hinweisen, dass es diese seit zwanzig Jahren gibt, sie aber nicht zur Kenntnis genommen wird. Wenn davon gesprochen wird, dass wir ab jetzt nur mehr Hochqualifizierte als Zuwanderer brauchen, dann muss auf den Widerspruch

¹⁰ Gächter, A., Richtig über soziale Mobilität reden. Arbeitspapiere Migration und soziale Mobilität, Nr. 4, 2007.

der großen Nachfrage im Niedriglohnsektor verwiesen werden. Und der Druck zur Sprache kommen, der mittlerweile Bessergebildete dazu zwingt, im untersten Sektor zu arbeiten.

3.1. Pflege: Wunsch und Wirklichkeit

Die Zahl alter Menschen, die einst zugewandert sind, wird weiter zunehmen. Pflege betrifft Migration von zwei Seiten: einerseits arbeiten MigrantInnen als Pflegehelfer, andererseits steigt ihre Zahl als Pflegebedürftige. Die einen pflegen, die anderen werden gepflegt. Wer sich mit der Situation von Pflegebedürftigen beschäftigt, wie die Sozialwissenschaftlerin Marion Kremla¹¹, stößt auf Problemlagen, die sich letztlich auf die finanzielle Misere zurückführen lassen. In der Untersuchung wird von den befragten Migranten die finanzielle Situation als bestimmender Faktor angesprochen. Die finanziellen Nöte älterer MigrantInnen sind nichts Neues: In der Studie von Reinprecht¹² folgt beispielsweise in der Liste der größten Sorgen Finanzielles hinter der Gesundheit und dem Wohlergehen der Kinder. Ein Lebensabend ohne Existenzängste ist der Traum. Für jene, die ihn formulieren, ist diese Situation gegenwärtig fremd. Die Wohnungssituation ist schwierig und in den meisten Fällen nicht ausgerichtet auf eine mögliche Pflegebedürftigkeit. Nach den Ergebnissen der Studie „Leben und Lebensqualität in Wien“¹³ verfügen 44% der über 50 Jährigen Personen aus der Türkei und 26% der Älteren aus Ex-Jugoslawien über einen Wohnraum von höchstens 18,5 Quadratmeter pro Person, aber nur 3% der Restbevölkerung müssen so eng wohnen. 36 % der Älteren aus der Türkei und 13 % jener aus Ex Jugoslawien berichten über einen schlechten Zustand der Wohnung. 10 Prozent der 50jährigen aus diesen Ländern können die Wohnung nicht angemessen warm halten Eine ungenügende Wohnung beeinträchtigt gerade im Alter massiv die Qualität und Selbständigkeit der Lebensführung. In der „Aktiv ins Alter“ Studie von Reinprecht bewerten die Projektmitarbeiter nur 10% der Wohnungen als altersgerecht. Entgegen der Vorstellung, dass Migranten im großen Familienverbund leben, zeigen die Daten, dass immerhin ein Viertel der Älteren alleine wohnt. Die Beziehungsstrukturen sind

¹¹ Kremla, M., Interkulturelle Altenpflege in Wien – Bedarf und Angebot sowie dessen notwendige Modifikationen, 2004

¹² Reinprecht, C., Aktiv ins Alter. Ergebnisse der Begleitforschung zum WHO-Projekt „Investition in die Gesundheit älterer Menschen“, 2005

¹³ Stadt Wien MA 18, Leben und Lebensqualität in Wien, Werkstattberichte der Stadtentwicklung Wien Nr 81, 2007

zwar familiär ausgerichtet, im höheren Alter aber rasch überlastet, etwa bei Krankheit oder Pflege. Seit der Anwerbung in den 1970er Jahren haben sich die Familienstrukturen geändert, sie sind kleiner geworden, die Jüngeren sind voll ins Arbeitsleben eingebunden oder leben an entfernteren Orten. Auch hier gilt es wieder zu differenzieren. Die Lebensverhältnisse sind sehr unterschiedlich. Die einen leben im Mehrgenerationenverband, andere unter sich, andere Gruppen möchten zwischen den Ländern pendeln, andere haben keinen Kontakt zu ihrem Herkunftsland mehr.

Stark geäußert wird der Wunsch nach institutioneller Hilfe. 41% geben an, dass Bedarf an sozialen Diensten besteht, 32% formulieren einen akuten Hilfsbedarf. Wer die Angebote nicht kannte, konnte sich auch nicht vorstellen, diese in Anspruch zu nehmen, wer über sie Bescheid wusste, war hingegen dazu bereit und zeigte sich auch an anderen Angeboten interessiert. Diese Akzeptanz auf Basis von konkreter Information bestätigte sich auch in den Gruppendiskussionen Marion Kremlas. Konkret besprochen wurden jeweils die Angebote Hauskrankenpflege, Heimhilfe und Menüservice. Von allen vorgestellten Konzepten wurde die Idee eines Seniorentreffpunkts bzw. die damit vermischte Vorstellung von einem Tageszentrum am besten aufgenommen.

3.2. Weltmarkt Pflege: Pflegeketten

59,2 Millionen vollzeitbeschäftigte Personen arbeiten weltweit im Gesundheitsbereich, davon 28% in Europa¹⁴. Der Anteil der im Ausland geborenen Pflegekräfte beträgt in der Schweiz 29%, in Großbritannien 15%. Auch Österreich ist Zielland von Pflegekräften, ihr Anteil beträgt insgesamt 6,7%. Sie kommen aus Bosnien, Rumänien, Kroatien, der tschechischen Republik, Slowakei, Polen, Indien und den Philippinen.

In einer Art globaler Betreuungskette übernehmen Arbeitsmigrantinnen Betreuungs-, Pflege- und Haushaltsaufgaben im Zielland, während zugleich ihre eigenen Kinder im Heimatland bleiben und dort von Familienangehörigen oder Angestellten betreut werden. Getragen werden diese care-Ketten ausschließlich von Frauen. Die Männer sind kaum involviert. Es entsteht eine Betreuungskette aus drei oder mehr Frauen, wobei in jeder Stufe der Betreuung der Lohn abnimmt und die letzte Betreuerin oft unbezahlt tätig ist. Die Kinder sind unter dem Schlagwort „Euro Waisen“ berühmt geworden. In Polen werden durch die hohe Migrationsrate 20% der polnischen Kinder von anderen Personen als ihren Eltern betreut. In Litauen heißen die zurückgelassenen Kinder „Irland Kids“, weil besonders viele Mütter nach

¹⁴ WHO, 2006

Irland arbeiten gegangen sind. Dem positiven Aspekt der höheren Einkommen stehen die negativen Konsequenzen prekärer Arbeitsbedingungen und sozialer Isolation entgegen. In diesen – oft nicht legalen- Pflegearrangements wird das Geschlecht als Ressource gesehen, nicht die Ausbildung oder Profession der Frauen. Das sei eine widersprüchliche Win-win-Situation zweier in Abhängigkeit stehender Personengruppen, bemerkt Helma Lutz¹⁵ von der Frankfurter Göthe-Universität. Von der fremdenpolizeilichen Aufenthaltsbewilligung abhängige Betreuerinnen und von der Betreuung abhängige Pflegebedürftige. Die Ausnutzung von Abhängigkeitsverhältnissen zur Schaffung von schlecht bezahlten Care-Arbeitsstellen trägt jedoch zur Abwertung von Care-Arbeit insgesamt bei, warnt Lutz. Die Folgen sind eine Zunahme nicht-legaler Dienste und die Verschlechterung der Bezahlung der Beschäftigten. Sinnvoller ist hier jedenfalls eine Aufwertung der Pflegeberufe wie ein Ausbau legaler und guter Dienste für die Pflegebedürftigen. Gerade in den kontinentalen Sozialstaaten wie Österreich oder Deutschland klafft eine große Pflegelücke bei mobilen und alltagsnahen Diensten. Österreich und Deutschland investieren nur zögerlich in soziale Dienstleistungen. Beide Länder weisen einen im Verhältnis zu den Geldleistungen geringen Anteil an Dienstleistungen am Sozialbudget aus. Auch der im europäischen Vergleich geringe Anteil an Beschäftigten in Sozial- und Gesundheitsberufen deutet auf die Pflegelücke hin. Österreich liegt mit seinen Sozialdienstleistungen unter dem EU-Durchschnitt. Mobile Dienste für Pflegebedürftige gibt es in Österreich im Verhältnis 1 zu 9, das heißt eine Pflegekraft kommt auf neun Pflegebedürftige. In Deutschland beträgt dieses Verhältnis 1 zu 5, in Dänemark 1 zu 2.

Fazit

Wie stark die sozialpolitischen Rahmenbedingungen und die spezifische Ausgestaltung des Arbeitsmarkts auf den Schulerfolg der Kinder wirken, wurde bisher in der Debatte vernachlässigt. Und wenn die wichtige Funktion der Bildung betont wird, dann muss auch ihre reale Verwertung auf dem Arbeitsmarkt Thema sein. Neben der Aufgabe Schule oder Pflege so zu gestalten, dass sie die reale Wohnbevölkerung abbilden und Diversität als normal begreifen, stehen im österreichischen Sozialstaat auch Investition in soziale Dienstleistungen an¹⁶: besonders für Kinder und Jugendliche - und für Menschen mit Pflegebedarf.

¹⁵ Lutz, H., Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung, 2008

¹⁶ Bachinger, E., und Schenk, M., Die Integrationslüge. Antworten in einer hysterisch geführten Auseinandersetzung, 2012

Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie und Mitbegründer der Armutskonferenz. Aktuelle Publikation „Die Integrationslüge. Antworten in einer hysterisch geführten Auseinandersetzung“, Deuticke.